



**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

E-Mail: barbara.buelte-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 08.09.2020

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 27.08.2020, 16:05 Uhr bis 19:05 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Rafael Christof Struwe	SPD
Herr Wilfried Becker	SPD
Frau Polina Frebel	SPD
Herr Karl-Heinz Walter	SPD
Herr Stefan Götz	CDU
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU
Herr Efkan Kara	CDU
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Herr Robert Schallehn	GRÜNE
Frau Ursula Schlömer	GRÜNE
Herr Michael Weisenstein	DIE LINKE stellvertretend für Frau Akbayir
Herr Dr. Rolf Albach	FDP

Beratende Mitglieder

Frau Lisa Hanna Gerlach	BUNT
Frau Barbara Albat	SPD
Herr Dr. Volker Ermert	auf Vorschlag der Grünen
Herr Sönke Geske	SPD
Herr Helmut Jung	CDU
Frau Elisabeth Lange	auf Vorschlag der Fraktion Die Linke.
Herr Stephan Wieneritsch	FDP
Herr Dr. Johannes Zischler	auf Vorschlag der CDU
Herr Bezirksbürgermeister Reinhard Zöllner	CDU
Frau Katharina Reiff	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Verwaltung

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau	Beigeordneter des Dezernates V - Soziales, Umwelt, Gesundheit und Wohnen
Herr Dr. Joachim Bauer	Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
Frau Christina Brammen-Petry	Umwelt und Verbraucherschutzamt
Herr Manfred Kaune	Leiter des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen
Frau Cristina Lopes da Costa	Dezernat Soziales, Umwelt, Gesundheit und Wohnen
Frau Adriana Maaß	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Herr Konrad Peschen	Leiter des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes

Schriftführerin

Frau Barbara Bültge-Oswald	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
----------------------------	----------------------------------

Gäste

Frau Anders	Dezernat V - Soziales, Umwelt, Gesundheit und Wohnen
Frau Badziong	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Frau Bauer	Koordinationsstelle Klimaschutz zu TOP 3.1 und 3.2
Frau Brans	Gebäudewirtschaft zu TOP 4.1.3, 4.2.2, 4.2.6 und 7.13
Frau Eisgruber	Stadtplanungsamt zu TOP 5.1
Herr Ferati	Gebäudewirtschaft zu TOP 7.13
Herr Dr. Matthias Dienhart	RheinEnergie zu TOP 7.11
Herr Haake	Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
Frau Sieberns	Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Katharina Welcker	CDU
Frau Hamide Akbayir	DIE LINKE

Beratende Mitglieder

Herr Matthias Büschges	Auf Vorschlag der AfD-Fraktion
Herr Tobias Scholz	GUT
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD
Herr Martin Osorio Pulido	auf Vorschlag der SPD
Frau Prof. Dr. rer. nat. Anna von Mikecz	auf Vorschlag der Grünen
Herr Nebil Bayrakçioğlu	GK
Herr Frank Feles	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Dr. Gerhard Haider	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Eugen Litvinov	

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Struwe begrüßt alle Anwesenden aus Politik und Verwaltung sowie alle Gäste zur Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün / Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln. Anschließend macht er auf die Zu- und Absetzungen der Tagesordnungen, einen aktuellen gemeinsamen Dringlichkeitsantrag von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und FDP-Fraktion, einen aktuellen Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Linke, einen Änderungsantrag von CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sowie auf die anwesenden Gäste in beiden Ausschüssen¹ aufmerksam.

Die Anfrage im Ausschuss Umwelt und Grün unter TOP 1.1 steht im Betriebsausschuss für den Abfallwirtschaftsbetrieb unter TOP 1.1 und wird dort schriftlich beantwortet.

Nachfolgend informiert er aufgrund der außergewöhnlichen Situation durch das Corona-Virus über wichtige Verhaltensregeln während der Ausschusssitzung.

Anschließend lässt er über die Dringlichkeit der zwei Anträge unter TOP 2.3 und 2.4 abstimmen:

Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und FDP-Fraktion für die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes Gut Leidenhausen AN/1079/2020

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün ist mit der Aufnahme in die TO unter 2.3 einverstanden

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Linke betreffend

Dachbegründung und Photovoltaik nicht durch Verträge zu Mobilfunkmasten ausbremsen!

AN/1159/2020

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün ist mit der Aufnahme in die TO unter 2.4 einverstanden

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

RM Herr Weisenstein bittet, TOP 5.1 zurückzustellen, da die Fraktion Die Linke hierzu noch Beratungsbedarf habe. Man könne den Punkt aber gerne auf der TO belassen, um darüber beraten zu können.

Der Vorschlag zur aktuellen Tagesordnung findet allgemeine Zustimmung. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht.

Der Ausschussvorsitzende stellt beide so geänderten Tagesordnungen zur Abstimmung. Diese werden einstimmig angenommen, so dass sich im Ausschuss Umwelt und Grün folgende Tagesordnung ergibt:²

¹ s. Anwesenheitsliste S. 2 der jeweiligen Niederschrift

² Tagesordnung Betriebsausschuss siehe Niederschrift Betriebsausschuss

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln

B Gleichstellungsrelevante Themen

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

1.1 Anfrage der FDP-Fraktion AN/0700/2020
betreffend
Entsorgung und Recycling von Batterien
wird im BAA unter TOP 1.1 beantwortet

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

2.1 Antrag der Fraktion Die Linke
betreffend
Trockenheit trotzen, Gießwasserbrunnen aufstellen
AN/0915/2020

2.2 Antrag der Fraktion die Linke
betreffend
Energieerzeugungsbilanz erstellen
AN/0969/2020

2.3 Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und FDP-Fraktion für die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes Gut Leidenhausen
AN/1079/2020

2.4 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Linke
betreffend
Dachbegründung und Photovoltaik nicht durch Verträge zu Mobilfunkmasten ausbremsen!
AN/1159/2020

3 Kommunaler Klimaschutz

3.1 Klimarat und Strategie klimaneutrales Köln Sachstand Juli 2020
2174/2020

3.2 EU Projekt GrowSmarter
hier: Bericht zum Abschluss des Projektes
1732/2020

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

4.1 Allgemeine Beschlussvorlagen (Vorberatung)

- 4.1.1 Annahme einer Schenkung Sanierungskonzept Rheingarten
1058/2020
- 4.1.2 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2020 - Bäume, Brunnen, Blumen
und Gewässer im Bezirk Chorweiler
0813/2020
- 4.1.3 Neubau eines Brunnens am Neumarkt - Planungsbeschluss
0931/2020
- 4.1.3.1 Änderungsantrag zu TOP 4.2 Neubau eines Brunnens am Neumarkt - Pla-
nungsbeschluss
AN/1026/2020
- 4.1.4 Sportentwicklungsplanung - Sponsoringvertrag mit der Firma SNIPES SE -
Neubau eines Basketball- bzw. Streetballplatzes im Inneren Grüngürtel zwi-
schen Venloer Straße und Vogelsanger Straße
1619/2020
- 4.1.5 Freigabe der Stadtverschönerungsmittel 2020 im Stadtbezirk Innenstadt
2042/2020
- 4.1.6 Mittelfreigabe zur Sanierung städtischer Brunnen
1278/2020
- 4.1.7 Pflege von Schmuckbeeten
2089/2020
- 4.1.8 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2020/2021 im Stadtbezirk Ro-
denkirchen
2454/2020
- 4.1.9 Wegeverbindung Bilderstöckchen / Klimapark
1028/2020
- 4.1.10 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilergebnisplan 1303, Friedhöfe, im
Haushaltsjahr 2020
2342/2020

4.2 Allgemeine Beschlussvorlagen (Entscheidung)

- 4.2.1 Gestaltungsplanung für das Kooperationsgräberfeld "Bestattungsgärten" auf Flur 008 des Friedhofs Leidenhausen
1584/2020
- 4.2.2 Sanierung von Dach und Fassade der Trauerhalle Westfriedhof, Venloer Straße 1132, 50827 Köln – Planungs- und Baubeschluss
1464/2020
- 4.2.3 Rheinboulevard Deutz - Freilegung und Integration archäologische Funde
1992/2020
- 4.2.4 Ersatzbeschaffung eines Schleppers mit Forstausrüstung
1988/2020
- 4.2.5 Innerer Grüngürtel - Parkstadt Süd - Pionierpark
2062/2020
- 4.2.6 Sanierung des Haupthauses in Finkens Garten, Friedrich-Ebert-Straße 49, 50996 Köln - Weiterplanungsbeschluss
0708/2020

5 Mitberatung von Planungsvorlagen

- 5.1 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Linder Höhe in Köln-Porz-Lind
2182/2020

6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

7 Mitteilungen

- 7.1 Erstes Plankonzept des Regionalplans und Agglomerationskonzept als Fachbeitrag zum Regionalplan veröffentlicht
0807/2020
- 7.1.1 Erstes Plankonzept des Regionalplans und Agglomerationskonzept als Fachbeitrag zum Regionalplan veröffentlicht
0807/2020
2504/2020

- 7.2 Waldlabor Köln: Untersuchung des Wachstums der Klimawaldbäume
1377/2020
- 7.3 Arbeits- und Erfahrungsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik für die Zeit von September 2014 bis Juni 2020
1589/2020
- 7.4 Landwirtschaftsflächen Verbrauch für Kompensationsmaßnahmen
2009/2020
- 7.5 Verbraucherberatungsstelle Köln: Jahresbericht 2019
2244/2020
- 7.6 Verbraucherberatung im Quartier: Jahresbericht 2019
2245/2020
- 7.7 Planfeststellungsverfahren für die Sanierung der Hochwasserschutzeinrichtung Lindemauer in Köln-Sürth - 1. Planänderung
2250/2020
- 7.8 Start Förderprogramm Umweltbildung
1174/2020
- 7.9 Allgemeinverfügung zur Einschränkung der Wasserentnahme aus oberirdischen Gewässern
2470/2020
- 7.10 Lichtmasterplan für die Stadt Köln
1830/2020
- 7.11 Bericht über die Entwicklung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien im Bereich der RheinEnergie AG
2456/2020
- 7.12 Wiedereröffnung des Kölner Krematoriums am 11.08.2020
2542/2020
- 7.13 Sachstandsbericht zum Schaugewächshaus und Orangerie im Botanischen Garten - Stand: 14.08.2020
0956/2020
- 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 8.1 PFC-Grundwasserverunreinigungen
Hier: Beantwortung der Nachfrage von Herrn Dr. Albach im Ausschuss für Umwelt und Grün am 04.06.2020
2144/2020

- 8.2 Beantwortung der mündlichen Nachfragen des SB Becker aus der Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün vom 04.06.2020 zu TOP 7.4 - Energiebericht 2019 (0811/2020)
2217/2020
- 8.3 Mündliche Anfrage von Frau Dr. von Mikecz in der Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün vom 23.01.2020
1027/2020
- 8.4 Beantwortung der schriftlichen Anfrage von Herrn Becker in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Grün am 04.06.2020
2143/2020
- 8.5 Beantwortung der von Frau Lange zu Protokoll gegebenen Anfrage vom 04.06.2020
betreffend
Einflüsse des Flughafens Köln/Bonn auf die Umwelt
2315/2020
- 8.6 Beantwortung der von Frau Lange zu Protokoll gegebenen Anfrage
betreffend
Photovoltaisches Potential der Dachflächen des Messegeländes
2579/2020
- 9 Mündliche Anfragen**

II. Nichtöffentlicher Teil

- 10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
- 11 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**
- 12 Allgemeine Beschlussvorlagen**
 - 12.1 Prüfbericht „Alternative Wärmeerzeugung, Realisierung und Wirtschaftlichkeit bei diversen Fachdienststellen“
0719/2020
gehört als Mitteilung unter TOP 16.1
- 13 Vergaben**
- 14 Mitberatung von Planungsvorlagen**
- 15 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**
- 16 Mitteilungen**
- 17 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 18 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln

Hierzu liegt nichts vor.

B Gleichstellungsrelevante Themen

Hierzu liegt nichts vor.

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

1.1 Anfrage der FDP-Fraktion AN/0700/2020 betreffend Entsorgung und Recycling von Batterien s. TOP 1.1 und 1.1.1 BAA

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

2.1 Antrag der Fraktion Die Linke betreffend Trockenheit trotzen, Gießwasserbrunnen aufstellen AN/0915/2020

SE Frau Lange begründet den Antrag und berichtet, dass in der gleichzeitig tagenden Sitzung der BV Kalk drei Anträge zur Bewässerung von Bäumen gestellt werden. Da die Problematik in den anderen BVen wahrscheinlich ähnlich betrachtet werde, sei ein Gesamtkonzept für die gesamte Stadt sinnvoll.

RM Herr Götz ruft in Erinnerung, dass die Verwaltung in der letzten Sitzung mitgeteilt habe, dass sie in Kürze ein Symposium zu diesem Themenkomplex durchführen wolle. Daher beantrage er, den Antrag zu vertagen, bis das Symposium stattgefunden habe.

Der mündliche Antrag von Herrn Götz wird von den übrigen Ausschussmitgliedern zustimmend aufgenommen.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün **vertagt den Antrag** der Fraktion Die Linke, bis das Symposium stattgefunden hat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

2.2 Antrag der Fraktion die Linke betreffend Energieerzeugungsbilanz erstellen AN/0969/2020

SE Frau Lange erläutert den Antrag.

Beigeordneter Herr Dr. Rau informiert darüber, dass im Klimarat für 2019 eine regelmäßige, zweijährliche CO₂-Bilanzierung angeregt wurde, die jetzt ausgeschrieben und zum ersten Mal 2021 durchgeführt werde. Ein wesentlicher Aspekt innerhalb dieser Bilanzierung werde die Energieerzeugung sein. Für eine zusätzliche Analyse, wie im Antrag vorgeschlagen, stehen derzeit keine weiteren finanziellen Mittel zur Verfügung.

SB Herr Becker betont, dass die SPD-Fraktion die gestellten Anforderungen des Antrags für zu aufwendig halte und den Antrag ablehne. Man lege wesentlich mehr Wert auf eine aktuelle, regelmäßige und präzise CO₂-Bilanz.

SB Herr Dr. Albach unterstreicht, dass möglichst nicht nur auf der Basis von statistischen Zahlen gerechnet, sondern aktiv gemessen werde. Zwei oder drei Firmen erfassten inzwischen durch satellitengestützte Messungen CO₂- und Methan-Werte.

RM Herr Brust merkt an, dass die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen prinzipiell den Antrag unterstütze. Allerdings habe der Klimarat gerade erst seine Arbeit aufgenommen und sich vorgenommen, alle zwei Jahre Messungen zur Erreichung seiner Ziele durchzuführen. Daher schlage er vor, den Klimarat um Stellungnahme zu seinen Messungen zu bitten, um festzustellen, ob es Unterschiede zum Antrag der Fraktion Die Linke gibt. Herr Brust bittet, den Antrag so lange zu schieben, bis ein erster Bericht des Klimarates vorliegt.

Nach einer weiteren ausgiebigen Diskussion über das weitere Vorgehen einigt man sich im Ausschuss darauf, die Verwaltung zur nächsten Sitzung um eine Stellungnahme zum Antrag zu bitten und den Antrag bis dahin zu vertagen.

Beschluss

Der Ausschuss Umwelt und Grün **vertagt den Antrag** mit der Maßgabe, dass die Verwaltung zur nächsten Sitzung zum Antrag Stellung nimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

2.3 Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und FDP-Fraktion für die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes Gut Leidenhausen AN/1079/2020

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt unter Beteiligung aller jeweils fachlich zuständigen Bereiche ein Gesamtkonzept für das Gut Leidenhausen zu erarbeiten, das folgende Aspekte umfassen soll:

1. Eine umfassende Auflistung und Priorisierung aller erforderlichen Baumaßnahmen unter Berücksichtigung sicherheitsrelevanter Aspekte und der vom Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft beschlossenen Beschlussvorlagen.

2. Erarbeitung eines ganzheitlichen Nutzungskonzeptes für das Hofgut als Umweltbildungszentrum Köln unter Beteiligung aller handelnden Akteure vor Ort.
3. Erarbeitung eines Betreiberkonzeptes im Rahmen der Betreiberverantwortung unter Beteiligung aller handelnden Akteure vor Ort.
4. Nutzungs- sowie Betreiberkonzept sollen zur Beschlussfassung den Fachausschüssen vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**2.4 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Linke
betreffend
Dachbegrünung und Photovoltaik nicht durch Verträge zu Mobilfunk-
masten ausbremsen!
AN/1159/2020**

Beschluss:

Sollte es bezüglich des Ausbaus des 5G-Netzes zu einem Vertragsabschluss mit der Stadt bezüglich der Nutzung städtischer Dachflächen kommen, ist vertraglich sicher zu stellen, dass die Stadt weiterhin die Möglichkeit hat, die Restflächen mit Photovoltaik auszustatten und/oder zu begrünen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3 Kommunaler Klimaschutz

**3.1 Klimarat und Strategie klimaneutrales Köln Sachstand Juli 2020
2174/2020**

SB Herr Becker möchte wissen, in welchen zeitlichen Abständen die Politik und die Öffentlichkeit in die Arbeit des Klimarates eingebunden werden, ob mit den NGOs³ über deren Vorstellungen gesprochen wurde und wann Ergebnisse zu erwarten seien.

SE Frau Lange knüpft an die Fragen von Herrn Becker an und möchte wissen, wie die Arbeitsaufträge den Klimarat erreichen bzw. Informationen wieder zurück geroutet werden.

Zudem habe sich der Klimarat in der Geschäftsordnung als Zwischenziel die Einsparung von maximal 6 Mio. Tonnen CO₂ gesetzt. Der Rat habe 1993 die Einsparung der Hälfte des CO₂-Ausstoßes bis 2030 beschlossen, was ungefähr den 6 Mio. Tonnen entspreche, allerdings als Minimalannahme. Daher befürchte sie eine falsche Zielsetzung des Klimarates direkt zu Beginn seiner Aktivität. Frau Lange fragt, wie der Rat und seine Gremien Einfluss auf die Zielsetzung und in dem Fall auf die Geschäftsordnung des Klimarates nehmen könne.

³ (Non-governmental organization = Nichtregierungsorganisation) s. unter Wikipedia:
<https://de.wikipedia.org/wiki/Nichtregierungsorganisation>

Des Weiteren übt Frau Lange Kritik an der Geschäftsordnung des Klimarates, die eine nichtöffentliche Sitzung vorsehe und bittet zu überdenken, ob nicht im Regelfall öffentlich und im Ausnahmefall nichtöffentlich getagt werden könne. Gerade Projektgruppen und Umweltverbände, die Öffentlichkeit schaffen wollen und auch müssen, könnten in diesem Fall schwer zu finden sein.

Frau Lange fragt außerdem, wer die Projektgruppen einsetzt, also bestimmt, dass es für bestimmte Angelegenheiten Projektgruppen gibt und wer die Teilnehmenden benennt. Transparenz und Glaubwürdigkeit seien wichtige Voraussetzungen für die Arbeit des Klimarates.

Beigeordneter Herr Dr. Rau informiert über Zusammensetzung und Arbeitsweise des Klimarates. Zunächst laufe diese intern ab, bevor die Ergebnisse veröffentlicht werden. Er betont, dass der Klimarat kein vorrangig politisches, sondern ein überpolitisches Gremium sei und somit auch kein Mandat und wenig eigene Durchgriffsrechte besitze. Er soll alle wesentlichen Akteure, die treibhausgasemissionsrelevant seien, erreichen und beauftrage zunächst eigene Mitglieder, die jeweils eine Projektgruppe zu einem jeweiligen Thema bilden. Die Gruppen befänden sich derzeit im Aufbau und haben sich noch nicht konstituiert.

Herr Dr. Rau erwidert Frau Lange hinsichtlich des Zwischenzieles der Einsparung von maximal 6 Mio. Tonnen CO₂, dass gemäß der früheren Vereinbarung, ausgehend von 1990 (12 Mio. Tonnen pro Jahr) im Jahr 2030 maximal 6 Mio. Tonnen erreicht werden sollen, aber auch gerne weniger. Man halte dies immer noch für extrem ehrgeizig.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Mitteilung der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Herrn Dr. Rau zur Kenntnis.

3.2 EU Projekt GrowSmarter hier: Bericht zum Abschluss des Projektes 1732/2020

SE Frau Lange fragt, warum die Fortführung der Umsetzung des Projektes verschoben werden soll.

Herr Dr. Rau kündigt an, dass Frau Egenolf, die dieses Projekt federführend bearbeitete, zur nächsten Sitzung im Rahmen einer Präsentation dazu Bericht erstatten werde.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Mitteilung der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Herrn Dr. Rau zur Kenntnis.

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

4.1 Allgemeine Beschlussvorlagen (Vorberatung)

4.1.1 Annahme einer Schenkung Sanierungskonzept Rheingarten 1058/2020

Zur Beschlussvorlage der Verwaltung liegt ein mündlicher Ergänzungsantrag von CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / die Grünen vor, der der Schriftführung schriftlich zu Protokoll gegeben wurde.

RM Herr Brust erläutert die Gründe für diesen Antrag, da die ursprüngliche Beschlussvorlage insofern hätte falsch verstanden werden können, als dass die gesamte Kugelhornallee ausgetauscht werden sollte. Man wolle mit dem Antrag klarstellen, dass ein Austausch nur bei abgängigen Bäumen erfolge.

Da die Ursache für die Kronenschädigung der Bäume in den meisten Fällen daran liege, dass die Schirme der Gastronomie in die Kronen hineinreichten, sei es wichtig, dass in diesem Bereich keine Schirme oder auch Heizstrahler mehr genehmigt werden.

Außerdem habe man bei dem Ortstermin festgestellt, dass die Tische der Gastronomie weit in den Grünbereich hinein aufgestellt werden. Damit dies vermieden werde, solle das Ordnungsamt dort entsprechende Kontrollen durchführen.

Herr Dr. Bauer macht auf den Beschluss der BV Innenstadt aufmerksam, dass zwischen Bischofsgartenstrasse und Weltjugendtagsweg keine Sonnenschirme mehr aufgestellt werden dürfen, also auch Am Bollwerk.

SB Herr Becker informiert darüber, dass im Beschluss der BV Innenstadt der Begriff der Heizstrahler nicht erwähnt werde und beantragt, wie BV Innenstadt zu beschließen. Dem übrigen Text des Ergänzungsantrags könne die SPD-Fraktion zustimmen.

Nach einer kontroversen Diskussion über die Notwendigkeit von Heizstrahlern lässt der Ausschussvorsitzende abstimmen.

- Zunächst lässt der Ausschussvorsitzende über die mündlich beantragte Änderung des mündlichen gemeinsamen Ergänzungsantrags von CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen mit der Streichung der Heizstrahler abstimmen.

Beschluss

Im mündlichen gemeinsamen Ergänzungsantrag von CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen **wird der Begriff der Heizstrahler gestrichen.**

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen von CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und Fraktion Die Linke gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion.

- Anschließend lässt er über den **ungeänderten Ergänzungsantrag** abstimmen.

Beschluss

Im Bereich der Kugelhornallee erfolgt ein Austausch von Bäumen nur bei abgängigen Bäumen. Um die Bäume vor weiteren Schädigungen zu schützen, werden künftig im Bereich der Kugelhornallee keine Schirme oder Heizstrahler der Gastronomie mehr genehmigt.

Das Ordnungsamt soll darauf achten, dass die Gastronomie sich nicht über die zugewiesenen Bereiche hinaus ausbreitet.

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen von CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, SPD-Fraktion und Fraktion Die Linke gegen die Stimmen der FDP-Fraktion.

- Zuletzt stellt er den **so geänderten Beschlusstext** der Vorlage zur Abstimmung.

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt den Entwurf zum Sanierungskonzept Rheingarten zustimmend zur Kenntnis und beschließt die Annahme des Konzeptes als Schenkung im Wert von 95.000 €. Der Rat bedankt sich ausdrücklich für die Unterstützung durch die Kölner Grün Stiftung. Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahmen sukzessive nach gesicherter budgetneutraler Finanzierung umzusetzen. Hierzu werden separate Beschlussvorlagen unter Darlegung der Finanzierung vorgelegt.

Im Bereich der Kugelahornallee erfolgt ein Austausch von Bäumen nur bei abgängigen Bäumen. Um die Bäume vor weiteren Schädigungen zu schützen, werden künftig im Bereich der Kugelahornallee keine Schirme oder Heizstrahler der Gastronomie mehr genehmigt.

Das Ordnungsamt soll darauf achten, dass die Gastronomie sich nicht über die zugewiesenen Bereiche hinaus ausbreitet.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen von CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, SPD-Fraktion und Fraktion Die Linke gegen die Stimmen der FDP-Fraktion.

**4.1.2 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2020 - Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer im Bezirk Chorweiler
0813/2020**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Chorweiler hat in ihrer Sitzung am 05.03.2020 beschlossen, die vom Rat im Haushaltsplan 2020/2021 für das Haushaltsjahr 2020 bereitgestellten Mittel in Höhe von 150.000 Euro für Maßnahmen zum Stadtklima / zur Stadtverschönerung nach Maßgabe des vom Finanzausschuss vom 03.04.2017 beschlossenen Kriterienkatalogs für folgende Maßnahmen zur Verfügung zu stellen:

Fühlinger See	Bienenfreundliche Wiederherstellung des Bau- grunds an der Wasserfilteranlage durch den Förderverein Fühlinger See	5.000,00 €
Chorweiler	Instandsetzungsmaßnahmen Wassererlebnispfad, insbesondere für Ausbesserungsarbeiten an den Infotafeln durch den AK Ackerbau und Wasser im linksrheinischen Kölner Norden e. V.	5.000,00 €
Fühlinger See	Bewegungsparcour in der Nähe von Fühlungen, speziell in der Nähe von P6. Diese Maßnahme soll durch das Sportamt umgesetzt werden, die Bürger sollen befragt werden welche Art von Sportgeräten aufgestellt werden sollen.	75.000,00 €
Seeberg	Gestaltung Honigheimplatz zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität mit Beteiligung der Bürger	25.000,00 €
Fühlinger See	Gestaltung der Landzunge gegenüber des Ziel- turms mit Blumen	34.000,00 €

Die Maßnahmen tragen vor Ort der besonderen Bedeutung lokaler, bezirklicher Strukturen Rechnung.

Über die Restsumme in Höhe von 6.000,00 € wird in einer späteren Sitzung entschieden.

- a) Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der Mittel in Höhe von 144.000 Euro für die von der Bezirksvertretung Chorweiler beschlossenen Maßnahmen. Die entsprechenden Aufwendungen stehen im Haushaltsplan 2020/2021 im Teilergebnisplan 1301 – Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Haushaltsjahr 2020 zur Verfügung.
- b) Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Beschlussfassung vorbehaltlich der Mittelfreigabe durch den Finanzausschuss zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, die Maßnahmen umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.1.3 Neubau eines Brunnens am Neumarkt - Planungsbeschluss 0931/2020

4.1.3.1 Änderungsantrag zu TOP 4.2 Neubau eines Brunnens am Neumarkt – Planungsbeschluss AN/1026/2020

- Zunächst lässt der Ausschussvorsitzende über den **Vertagungsantrag** abstimmen.

Beschluss

Der Ausschuss Umwelt und Grün vertagt die Beschlussvorlage der Verwaltung und den Änderungsantrag in die nächste reguläre Sitzung.

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen von CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke.

- Anschließend lässt er darüber abstimmen, die Beratungsfolge **um den folgenden Verkehrsausschuss zu erweitern.**

Beschluss

Der Ausschuss Umwelt und Grün **erweitert die Beratungsfolge um den folgenden Verkehrsausschuss.**

Einstimmig zugestimmt mit den Stimmen von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

- Anschließend stellt er den **Änderungsantrag von CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen** zur Abstimmung.

Beschluss

Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:

5. die Verwaltung soll prüfen, ob der Brunnen kurzfristig und kostengünstig durch die StEB oder die Stadtwerke mit Eigenmitteln als Interim in Stand gesetzt werden kann.

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen von CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und FDP-Fraktion gegen die Stimmen von SPD-Fraktion und Fraktion Die Linke.

- Zuletzt stellt der den **so geänderten Beschlusstext** zur Abstimmung.

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Bauausschuss, wie folgt zu beschließen:

1. Der Bauausschuss beauftragt die Verwaltung –vorbehaltlich der Entscheidung des Stadtentwicklungsausschusses und des Finanzausschusses- mit der Planung zur Wiedereinrichtung des Brunnens aus den 50er-Jahren in optischer Anlehnung an denselben und am selben Standort. Die Brunnentechnik wird im neuesten technischen Stand umgesetzt.
2. Die Gesamtkosten für die Wiedereinrichtung des Brunnens betragen geschätzt circa 600.000 Euro brutto.
Die Vorfinanzierung der Planungskosten in Höhe von 120.000 Euro erfolgt aus dem Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung erfolgt über den städtischen Haushalt der Kernverwaltung.
3. Sollten der Stadtentwicklungsausschuss und der Finanzausschuss keine Änderungswünsche haben, so wird auf eine zweite Beratung verzichtet.
4. Der Finanzausschuss beschließt eine Planungsmittelfreigabe in Höhe von 120.000 Euro für die Refinanzierung aus Teilergebnisplan 1301 / Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 16 Sonstige ordentliche Aufwendungen, im Haushaltsplan 2020 / 2021, im Haushaltsjahr 2020.
5. die Verwaltung soll prüfen, ob der Brunnen kurzfristig und kostengünstig durch die StEB oder die Stadtwerke mit Eigenmitteln als Interim in Stand gesetzt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen von CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und FDP-Fraktion gegen die Stimmen von SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.

4.1.4 Sportentwicklungsplanung - Sponsoringvertrag mit der Firma SNIPES SE - Neubau eines Basketball- bzw. Streetballplatzes im Inneren Grüngürtel zwischen Venloer Straße und Vogelsanger Straße 1619/2020

SE Herr Geske gibt kritisch zu bedenken, dass bei der neuen Planung mehr als das Doppelte an Fläche versiegelt werde. Zudem irritiere ihn, dass der neue Platz nicht mehr an der gleichen Stelle des alten Platzes gebaut werde, was ihm nicht ressourcenschonend erscheine.

Herr Dr. Bauer erläutert, dass der jetzige, alte Basketballplatz - der sogenannte „Nike Court“ - dort angelegt worden sei, wo bereits eine versiegelte Fläche gewesen sei. Diese versiegelte Fläche gab es aus Gründen der damaligen Luftfahrt.

Der neue Platz soll auf der Seite neben den Kleingärten zwischen dem bereits bestehenden Tennis- und Fitnessplatz gebaut werden, so dass dort eine Art Sportband entstehe und die große Wiesenfläche von Nutzung offen bleibe. Diese Überlegungen seien bereits intensiv mit den Naturschutzbeirat besprochen worden. Auch sei es sinnvoll, den alten Platz zu entfernen und dort die offene Wiesenfläche wieder herzustellen.

RM Herr Götz erklärt namens der CDU-Fraktion, dass man heute noch nicht über die Vorlage entscheiden könne, da man noch Beratungsbedarf über die Kommerzialisierung des Inneren Grüngürtels habe und daher bitte, die Vorlage entweder ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen oder sie in die nächste Sitzung zurückzustellen.

SB Herr Dr. Albach möchte wissen, ob man in irgendeiner Form an die alte Nutzung als internationaler Hubschrauberlandeplatz erinnern könne.

Hinsichtlich der Bitte von Herrn Götz tendieren die Mitglieder des Ausschusses dazu, die Vorlage in die nächste Sitzung zurück zu stellen, so dass der Ausschussvorsitzende über die Zurückstellung abstimmen lässt.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün **stellt die Beschlussvorlage zurück in seine nächste Sitzung.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.1.5 Freigabe der Stadtverschönerungsmittel 2020 im Stadtbezirk Innenstadt 2042/2020

Beschluss:

- 1) Der **Finanzausschuss** beschließt die Freigabe der Mittel in Höhe von 117.500 EUR für die von der Bezirksvertretung Innenstadt am 04.06.2020 beschlossenen Maßnahmen gemäß beigefügter Anlage. Die Aufwendungen stehen im Hpl. 2020/2021, Teilergebnisplan 1301 Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Teilplanzeile 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Haushaltsjahr 2020, zur Verfügung.

- 2) Der **Ausschuss Umwelt und Grün** nimmt die Beschlussvorlage zur Kenntnis und bittet die Verwaltung – vorbehaltlich der Mittelfreigabe durch den Finanzausschuss -, die Maßnahmen entsprechend der Beschlussfassung durch den Finanzausschuss umzusetzen und den beteiligten Gremien über die Mittelverwendung zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.1.6 Mittelfreigabe zur Sanierung städtischer Brunnen
1278/2020**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe einer Aufwandsermächtigung in Höhe von 300.000 € aus Teilergebnisplan 1301, Zeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen für die Brunnenanlagen Kleine Alhambra, Brunnentempel Fritz-Encke-Park, Opernhausbrunnen und Würfelbrunnen. Die Aufwandsermächtigung aus dem Hpl. 2019 wurde im Rahmen der Ermächtigungsübertragung im Haushaltsjahr 2020 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.1.7 Pflege von Schmuckbeeten
2089/2020**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt eine Freigabe für die Pflege von Schmuckbeeten in Höhe von 100.000 € (50.000 € p.a. für 2020 u. 2021) im Teilergebnisplan 1301 (Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen) Zeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Hpl. 2020/2021.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.1.8 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2020/2021 im Stadtbezirk Rodenkirchen
2454/2020**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Rodenkirchen beschließt

1. Die Bezirksvertretung Rodenkirchen beschließt die vom Rat im Haushaltsplan 2020/2021 bereitgestellten Mittel in Höhe von 300.000 Euro für Maßnahmen zum Stadtklima / zur Stadtverschönerung nach Maßgabe des vom Finanzausschuss vom 03.04.2017 beschlossenen Kriterienkatalogs für folgende Maßnahmen zur Verfügung zu stellen:

Maßnahmen:

Merowingerkreuze am Alten Friedhof Meschenich: [Kreuz-Sanierung und Kreuzüberdachungenbeschluss Nr. 014/15 Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen vom 20.04.2015, 8.1.5 Erneuerung der Schutzüberdachung der Merowingerkreuze am Friedhof in Meschenich, AN/0517/2015]	17.000,00 €
Maternusplatz: Pflege	10.000,00 €
Rodenkirchener Hauptstr.: Pflege	5.000,00 €
Grünanlagen, allgemein: 2 Bänke, incl. Unterpflasterung, aufstellen 11 Bänke davon im Finkens Garten	30.000,00 €
Dolomit-Kalksteinblöcke: für Parkanlagen liefern und setzen	7.500,00 €
Parkanlage Rosenzweigweg: Hecke am Zollstocksweg, 1 Bank neu und 6 Bankunterpflasterungen, Solitär-Blütengehölze in Böschung Bornheimer Straße	25.000,00 €
Theophanoplatz in Köln-Zollstock: Bank-Tisch-Kombi, Farbe anthrazit , incl. Unterpflasterung (Anmerkung: auf ehemaligem Baumstandort)	6.000,00 €
Krokuszwiebelpflanzung in Köln-Rodenkirchen: Hammerschmittstr. und Zum Hedelsberg, ca. 800 m ²	5.000,00 €
Hammerschmitt Str. in Köln-Rodenkirchen: 6 Bänke, Farbe: anthrazit	15.000,00 €
Brohlerstr. In Köln-Marienburg: 2 Bänke, incl. Unterpflasterung, aufstellen	5.000,00 €
Sperberweg in Köln-Rondorf: 5 Bänke	12.500,00 €

Eygelshovener Str. in Köln-Michaelshoven: 7.500,00 €
3 Bänke, Farbe grau

Bödinger Hof in Köln-Rondorf: 32.000,00 €
Neuer Weg 3,0 m x 170 m, 3 Bänke , 2 Poller
Dreikant lösbar / 11 Poller ortsfest

Summe: 177.500,00 €

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der Mittel in Höhe von 177.500,00 Euro für die von der Bezirksvertretung Rodenkirchen beschlossenen Maßnahmen. Die entsprechenden Aufwendungen stehen im Haushaltsplan 2020/2021 im Teilergebnisplan 1301 – Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Haushaltsjahr 2020 und 2021 zur Verfügung.
3. Der Ausschuss für Umwelt und Grün nimmt unter Vorbehalt der Mittelfreigabe durch die Bezirksvertretung Rodenkirchen und den Finanzausschuss die Beschlussfassung zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, die Maßnahmen umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.1.9 Wegeverbindung Bilderstöckchen / Klimapark
1028/2020**

SE Frau Lange regt an, im Sinne von Essbare Stadt Esskastanien und Walnussbäume anzubauen.

Herr Dr. Bauer erklärt, dass der Klimapark in sehr enger Abstimmung mit der Bürgerinitiative vor Ort entstanden sei und auch mit ihr angelegt und weiter ausgebaut werde. Ein wesentlicher Punkt sei die Anlage einer großflächigen Obstwiese, so dass der halbe Park bereits essbar sei.

Die Anregung nehme er gerne mit, möchte diese aber vorab mit der Bürgerinitiative abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt der Bezirksvertretung Nippes, wie folgt zu beschließen:

Die Bezirksvertretung Nippes nimmt den Entwurf Wegeverbindung Klimapark in Bilderstöckchen mit Gesamtkosten von 220.000 € zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.1.10 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilergebnisplan 1303, Friedhöfe, im Haushaltsjahr 2020 2342/2020

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen gem. § 83 GO NRW in Höhe von insgesamt 1.550.000 € im Teilergebnisplan 1303, Friedhöfe, im Haushaltsjahr 2020, die für die Sicherstellung der Verkehrssicherheit u.a. infolge von Trockenschäden notwendig sind.

Der Betrag teilt sich auf folgende Teilplanzeilen auf:

Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 1.190.000 €,

Teilplanzeile 16, Sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von 360.000 €.

Die Deckung erfolgt im Haushaltsjahr 2020 durch Wenigeraufwand in Höhe von 1.550.000 € im Teilergebnisplan 1301, Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen. Der Betrag kann in Teilplanzeile 16, Sonstige ordentliche Aufwendungen, erbracht werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.2 Allgemeine Beschlussvorlagen (Entscheidung)

4.2.1 Gestaltungsplanung für das Kooperationsgräberfeld "Bestattungsgärten" auf Flur 008 des Friedhofs Leidenhausen 1584/2020

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün beschließt das von der Genossenschaft Kölner Friedhofsgärtner eG vorgelegte Gestaltungskonzept für das Kooperationsgräberfeld auf dem Friedhof Leidenhausen.

Er beauftragt die Verwaltung, vor der baulichen Umsetzung des Konzeptes mit der Genossenschaft die Details der Kooperation vertraglich zu vereinbaren und, soweit von grundlegenden Regelungen des vom Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales (AVR) im August 2015 beschlossenen Kooperationsvertrages (Beschlussvorlage Nr. 2112/2015) abgewichen wird, diesen dem AVR zur Genehmigung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke.

Öffentlichkeitsbeteiligung

Es wird keine Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

4.2.2 Sanierung von Dach und Fassade der Trauerhalle Westfriedhof, Venloer Straße 1132, 50827 Köln – Planungs- und Baubeschluss 1464/2020

SB Herr Schallehn fragt, ob die artenschutzrechtlichen Untersuchungen, z. B. hinsichtlich der Fledermäuse, vorgenommen worden seien.

Außerdem erinnert er an einen Beschluss aus dem Jahr 2018, dass alle Sanierungen ab sofort mit Gebäudebrüternisthilfen zu planen seien. Er möchte wissen, welche Maßnahmen vorgesehen seien.

SE Frau Lange fragt, ob und inwieweit Dachbegrünung und PV-Anlagen vorgesehen seien.

Frau Brans von der städtischen Gebäudewirtschaft sichert eine schriftliche Beantwortung der Fragen zur nächsten Sitzung zu.

Beschluss:

Gemäß § 60 Absatz 2 Satz 1 GO NRW in Verbindung mit § 10 der Hauptsatzung beschließen wir:

Der Ausschuss Umwelt und Grün genehmigt die Kostenberechnung für die Sanierung des Daches und der Fassade der Trauerhalle auf dem Westfriedhof, Venloer Straße 1132 in 50827 Köln mit Gesamtkosten in Höhe von rund 681.000 Euro brutto.

Er stellt den Bedarf für die Sanierung fest und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und der Baudurchführung.

Zudem genehmigt der Ausschuss Umwelt und Grün einen Risikozuschlag in Höhe von 20 % bezogen auf die nicht-indizierten Gesamtbaukosten gemäß Kostenberechnung. Dies entspricht einem Betrag von rund 136.200 Euro.

Durch den Baubeschluss wird jedoch lediglich das Maßnahmenbudget ohne Risikozuschlag als Vergabevolumen freigegeben. Die Verwaltung darf über den Risikozuschlag nicht unmittelbar, sondern nur bei Risikoeintritt und nach entsprechender Mitteilung im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft verfügen.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung erfolgt aus dem städtischen Haushalt nach Fertigstellung der Baumaßnahme über entsprechende Mietzahlungen nach Maßgabe des dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises.

Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft wird in seiner nächsten Sitzung über die Entscheidung des Ausschusses Umwelt und Grün unterrichtet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Öffentlichkeitsbeteiligung

Es wird keine Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**4.2.3 Rheinboulevard Deutz - Freilegung und Integration archäologische Funde
1992/2020**

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Umwelt und Grün nimmt die Entwurfsplanung für die Freilegung und Integration der archäologischen Funde im südlichen Bereich des Boulevards zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme.
2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 536.000 € im Teilfinanzplan 1301 Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 8 Auszahlungen für Baumaßnahmen bei der Finanzstelle 6700-1301-1-9730 Regionale 2010 - Rheinboulevard, Hpl. 2020/2021.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Öffentlichkeitsbeteiligung

Es wird keine Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**4.2.4 Ersatzbeschaffung eines Schleppers mit Forstausrüstung
1988/2020**

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün stellt den Bedarf für die geplante Ersatzbeschaffungsmaßnahme in Höhe von 202.478,50 € brutto (170.150,00 € netto) fest und stimmt der Einleitung des Vergabeverfahrens zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Öffentlichkeitsbeteiligung

Es wird keine Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

4.2.5 Innerer Grüngürtel - Parkstadt Süd - Pionierpark 2062/2020

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Umwelt und Grün nimmt die Entwurfsplanung für den Pionierpark zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme.
2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 400.000,00 € für die Herstellung des Pionierparks im Teilfinanzplan 1301 Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 8 Auszahlungen für Baumaßnahmen bei der Finanzstelle 6700-1301-0-1003 Pionierpark Inn. Grüngürtel Parkst. Süd FW, Hpl. 2020-2021.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Öffentlichkeitsbeteiligung

Es wird keine weitere Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

4.2.6 Sanierung des Haupthauses in Finkens Garten, Friedrich-Ebert-Straße 49, 50996 Köln - Weiterplanungsbeschluss 0708/2020

RM Herr Brust merkt an, dass die Beschlussvorlage dem Ausschuss mit zwei umfangreichen Beschlussvarianten als Tischvorlage vorliege, so dass man nicht die Gelegenheit hatte, alles zu lesen. Andererseits sei die Notwendigkeit einer Sanierung bekannt. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen werde sich nicht dagegen aussprechen, schlage aber vor, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

SE Herr Geske fragt hinsichtlich der beiden Varianten, wie groß der Effekt einer zusätzlichen Wärmedämmung sei und wieviel länger die Sanierung dauern würde.

SB Herr Becker weist darauf hin, dass die Kostenschätzung von 2015 sei und fragt, wie sich die Kosten aus heutiger Sicht entwickelt haben.

RM Herr Brust erinnert daran, dass erst dann ein Beschluss gefasst werde, wenn Planungsphase 3 abgeschlossen sei, da man erst dann eine einigermaßen verbindliche Aussage zu den Kosten machen könne. Jetzt würden aber erst die Planungskosten beschlossen.

Herr Kaune verweist auf die Anlage 3, in der die Varianten erläutert werden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün verweist die Beschlussvorlage **ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Öffentlichkeitsbeteiligung

Es wird keine Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

5 Mitberatung von Planungsvorlagen

5.1 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung Arbeitstitel: Linder Höhe in Köln-Porz-Lind 2182/2020

RM Herr Götz spricht sich namens der CDU-Fraktion für eine Vertagung der Beschlussvorlage aus. Ursprünglich sei die Fläche im Stadtentwicklungskonzept (StEK) Wohnen beschlossen worden, mit 120 Wohneinheiten (WE) im EFH- und Geschosswohnungsbereich bei größtmöglicher Erhaltung des Grünbereiches. Allerdings handle es sich jetzt um eine ganz andere Vorlage mit 800 WE und einer Geschosswohnungsbebauung, die einen Innenhofbereich habe und deutlich mehr eine Riegelwirkung entfalten werde.

Aus Sicht der CDU-Fraktion müsse geklärt werden, wie sich das auf den Grünbestand und die Frischluftschneise auswirke.

Herr Götz bittet die Verwaltung, diese Informationen nachzuliefern.

RM Herr Brust schließt sich der Aussage von Herrn Götz an und zitiert den damaligen Ratsbeschluss gemäß Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses aus dessen Sitzung am 15.12.2016 zur Vorlage zu StEK Wohnen 1028/2015.⁴

Herr Brust fragt kritisch, wie viele Bäume gefällt werden und warum die Verwaltung sich nicht an den Beschluss halte.

RM Herr Weisenstein fragt zu dieser erheblichen Vergrößerung, ob die Ökobilanz bei diesen 800 Wohneinheiten eventuell verhältnismäßig günstiger sei. Außerdem möchte er wissen, ob die Frischluftschneise durch die höhere Bebauung mehr gestört sei, als bei einer EFH-Siedlung und ob der gesundheitliche Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner durch die Einflugschneise des Flughafens Köln/Bonn beeinträchtigt werde.

SB Herr Becker schlägt vor, die Vorlage ohne Votum in den Stadtentwicklungsausschuss zu verweisen, da dieser noch im September tage.

Frau Eisgruber nimmt Stellung und erläutert, dass man sich noch am Anfang des Bebauungsplanverfahrens befinde. Voraussichtlich werden ca. 6 ha Wald gerodet werden müssen. Hier greife die naturschutzfachliche Eingriffsregelung, wonach ein entsprechender Ausgleich in Form eines Waldausgleichs erfolgen werde.

⁴ https://ratsinformation.stadt-koeln.de/to0050.asp?_ktonr=216677

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens werde ein städtebauliches Qualifizierungsverfahren durchgeführt und ein Klimagutachten erstellt (s. S. 3 der Beschlussvorlage). Die höhere Bebauung führe zu mehr Einschränkungen auf die Frischluftschneise. Ebenso seien erhebliche Lärmeinwirkungen von Straße, Schiene, Gewerbe insbesondere durch den Flugzeugverkehr an der Querwindbahn zu erwarten. Im Rahmen des Bauleitverfahrens werde ein Lärmgutachten erstellt, wonach die Auswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet werden.

Ausschussvorsitzender RM Herr Struwe dankt Frau Eisgruber für die Ausführungen. Er bemerkt, dass die gestellten Fragen alle im Zuge der Bauleitplanung diskutiert und geklärt werden. Er plädiere namens der SPD-Fraktion dringend dafür, die Vorlage nicht zurückzustellen, sondern ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

SB Herr Dr. Albach plädiert ebenfalls dafür, die Vorlage nicht aufzuschieben.

RM Herr Brust betont, es sei wichtig, wenn dort gebaut werde, die versiegelte Fläche möglichst optimal zu nutzen, aber sich an den früheren Beschluss zu halten. Da es sich um eine Grundsatzentscheidung handle, müsse klar sein, wieviel bebaut und wieviel frei bleiben solle. Herr Brust bittet um Klärung für die nächste Sitzung.

Frau Eisgruber erklärt, dass zunächst das städtebauliche Qualifizierungsverfahren abgeschlossen sein muss, um diese Frage beantworten zu können. Dies könne ein paar Monate dauern.

RM Frau Schlömer stellt klar, dass es darum gehe, den Istbestand zu ermitteln, also die jetzt versiegelte Flächengröße anzugeben.

Frau Eisgruber bestätigt, dass dies zeitnah möglich sei.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vertagung der Beschlussvorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün **stellt die Beschlussvorlage zurück in seine nächste Sitzung.**

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen von CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, Fraktion Die Linke und der FDP-Fraktion.

6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

Hierzu liegt nichts vor.

7 Mitteilungen

7.1 Erstes Plankonzept des Regionalplans und Agglomerationskonzept als Fachbeitrag zum Regionalplan veröffentlicht 0807/2020

7.1.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von SE Frau Mikecz zur Mitteilung 2504/2020

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.2 Waldlabor Köln: Untersuchung des Wachstums der Klimawaldbäume
1377/2020**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.3 Arbeits- und Erfahrungsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Behinder-
tenpolitik für die Zeit von September 2014 bis Juni 2020
1589/2020**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.4 Landwirtschaftsflächen Verbrauch für Kompensationsmaßnahmen
2009/2020**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.5 Verbraucherberatungsstelle Köln: Jahresbericht 2019
2244/2020**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.6 Verbraucherberatung im Quartier: Jahresbericht 2019
2245/2020**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.7 Planfeststellungsverfahren für die Sanierung der Hochwasserschutzein-
richtung Lindemauer in Köln-Sürth - 1. Planänderung
2250/2020**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.8 Start Förderprogramm Umweltbildung
1174/2020**

Herr Peschen weist auf die beigefügte Fördersystematik und die Kriterien hin. Nach einem Test habe man festgestellt, dass auf Seite 2 unter Förderfähiger Anteil ein Satzteil stehe, der missverstanden werden könne. Der Satzteil laute: „d.h. zuschussfähig sind nur die Kosten von Personalleistungen Dritter.“ Dieser Satzteil sei nicht praxistauglich und man würde ihn, das Einverständnis des Ausschusses vorausgesetzt, streichen und die neuen Förderrichtlinien dem Protokoll beifügen.⁵

RM Herr Walter spricht sich für die SPD-Fraktion dafür aus, dass dieses als äußerst positiv zu bewertende Programm mit mehr als 50.000 € bezuschusst werde.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Mitteilung der Verwaltung und die mündliche Anmerkung von Herrn Peschen zur Kenntnis.

⁵ Die neuen Förderrichtlinien sind der Niederschrift als Anlage beigefügt und stehen im Ratsinformationssystem in der Ausschusssitzung zur Verfügung:
https://ratsinformation.stadt-koeln.de/to0040.asp?_ksinr=21730

7.9 Allgemeinverfügung zur Einschränkung der Wasserentnahme aus oberirdischen Gewässern 2470/2020

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7.10 Lichtmasterplan für die Stadt Köln 1830/2020

RM Herr Götz ruft den Ratsbeschluss zum Beleuchtungskonzept in Erinnerung und betont namens der CDU-Fraktion, dass dann, wenn eine Änderung erfolgen soll, auch eine ordnungsgemäße Beschlussvorlage und nicht nur eine Mitteilung benötigt werde. Zudem sei nicht erkennbar, was sich genau hinter dieser Mitteilung verberge, da aus Kostengründen der Lichtmasterplan nicht umgedruckt werden konnte.

Man bitte daher, diese Mitteilung nicht zur Kenntnis nehmen und die Verwaltung zu bitten, eine Beschlussvorlage zu erstellen, die ordentlich beraten werden könne.

SB Herr Becker ergänzt, es sei hilfreich, zu diesem Thema im Ausschuss Umwelt und Grün einen Vortrag zu hören.

SB Herr Dr. Albach bemerkt, die komplexe Thematik müsse noch ausführlicher diskutiert werden, da viele Aspekte in der Mitteilung nicht angesprochen worden seien, wie die Nicht-Nutzbarkeit von unbeleuchteten Rad- und Fußwegen bei Dunkelheit und wiederum Insektenschädigung und CO₂-Emission durch Beleuchtung.

SB Herrn Schallehn fehlt die Betrachtung des Themas bezüglich Insekten und Fledermäusen und bittet um eine Stellungnahme des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes. Er erinnere daran, dass zu dieser Angelegenheit auch eine Befliegung im städtischen Haushalt zur Verfügung gestellt worden sei.

Der Ausschussvorsitzende bemängelt das Format der Anlage zu dieser Mitteilung, das ein Lesen kaum möglich mache.

Herr Peschen sagt zu, alle Anregungen zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Verkehrsbereich aufzugreifen. Die Befliegung werde im Herbst / Winter gestartet. Auch werde man auf die Thematik Lichtmasterplan breiter eingehen, um nicht immer nur Einzelfallbezogen darüber zu diskutieren.

Ausschussvorsitzender RM Herr Struwe fasst zusammen, dass der Ausschuss Umwelt und Grün um eine entsprechende Beschlussvorlage bittet.

7.11 Bericht über die Entwicklung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien im Bereich der RheinEnergie AG 2456/2020

SE Herr Geske gibt zu bedenken, dass zum Betrieb der Biogasanlage im Kölner Norden vermehrt Mais angebaut werde, was weder ökologisch noch klimafreundlich sei. Inzwischen seien als sehr gute Alternativen Wildpflanzenmischungen entwickelt worden, die einen energetischen Beitrag leisten und andere Ökosysteme z. B. Insekten fördern können sowie hinsichtlich des Erosionsschutzes und der Wasserrückhaltung zu empfehlen seien.

SE Frau Lange stimmt ihrem Vorredner hinsichtlich der Biogasanlage zu. Aber auch grundsätzlich erscheine der Fraktion Die Linke der Bericht nicht ausreichend. 2017 sei

beschlossen worden, dass über den Fortschritt der Umstellung auf erneuerbare Energien dem Ausschuss Umwelt und Grün und dem Finanzausschuss jährlich berichtet werden soll. Dieser Bericht über die Umstellung, also die Situation der fossilen Brennstoffe im Vergleich zu erneuerbaren Brennstoffen, werde vermisst.

Herr Dr. Dienhart bemerkt, dass die RheinEnergie in den letzten Jahren über den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien transparent nach Energieträgern soweit möglich im Ausschuss Umwelt und Grün und im Finanzausschuss berichtet habe.

Ausschussvorsitzender RM Herr Struwe schlägt vor, weitere darüber hinausgehende Fragen in der nächsten Ausschusssitzung als formale Anfrage nach Geschäftsordnung formuliert werden.

RM Herr Brust stellt klar, dass der Beschluss lautete, den Ausbau der Erneuerbaren Energien darzustellen und über den Fortschritt bei der Umstellung zu berichten. Hinsichtlich fossiler Energien gebe es nur noch das Braunkohlekraftwerk in Merkenich, das laut RheinEnergie in den nächsten 5 Jahren stillgelegt werde. Die Planungsarbeiten hierzu liefen. Hinsichtlich der Vermaisung betont Herr Brust, dass es aufgrund der zunehmenden Trockenheit in den letzten Jahren Mindererträge bei der Biogasanlage gab, die durch einen vermehrten Maisanbau aufgefangen wurden. Daher sei es sinnvoll, mit anderen Pflanzen zu experimentieren. Außerdem bittet Herr Brust um die Darstellung des Sachstands hinsichtlich der Nutzung der Windenergie in Köln.

Herr Dr. Dienhart führt zur Biogasanlage aus, dass die RheinEnergie, die auch Wasserversorger sei, keine Monokultur anstrebe, sondern dass in einer Fruchtfolge Mais, aber auch andere Pflanzen angebaut werden. Dies werde mit den dortigen Landwirten abgestimmt. Die Gespräche mit der Verwaltung zum Windkraftausbau seien von einem Kollegen geführt worden.

Herr Peschen berichtet, dass die Gespräche der RheinEnergie mit dem Stadtplanungsamt geführt werden. Das Umweltamt habe mit der RheinEnergie über Flächen für Photovoltaik-Anlagen gesprochen. Weiden sei bereits realisiert und über andere Standorte sei man in einem intensiven Austausch.

RM Herr Götz wendet sich an Herrn Peschen und erwidert, dass man die Nutzung von freien Flächen für PV-Anlagen grundsätzlich sehr kritisch sehe. Solange so viel versiegelte Fläche und große Dächer zur Verfügung stünden, sollte man zunächst einmal die Freiflächen in Köln als solche erhalten.

RM Herr Kara ruft in dem Zusammenhang die Beantwortung seiner bislang unbeantworteten Anfrage aus der letzten Sitzung in Erinnerung, in der es um PV-Anlagen und um eine bessere Nutzung der Kapazitäten dieser Anlagen ging.

RM Frau Schlömer merkt an, dass ihr die in der Tabelle angegebene Anzahl von 24 PV-Anlagen auf Dach- und Freiflächen etwas gering erscheine, da allein in der Stegerwaldsiedlung 16 Gebäude energetisch komplett saniert und mit PV-Anlagen ausgestattet worden seien. Außerhalb von Köln betreibe die RheinEnergie auch noch einige Anlagen, so dass die Anzahl eigentlich höher sein müsste.

SB Herr Dr. Albach regt an, Biotope, die sich unter den PV-Anlagen gebildet haben, zu beobachten. Außerdem möchte er wissen, ob PV-Anlagen auf Park and Ride-Parkplätzen realisierbar seien. Die Frage sei bereits in einem anderen Gremium gestellt worden. Die FDP-Fraktion sei jedoch von der Antwort enttäuscht. Auch stelle sich die Frage nach der Zuständigkeit.

Abschließend nimmt Herr Dr. Dienhart Stellung zu den aufgeworfenen Fragen und Kritikpunkten. Hinsichtlich der Anzahl der PV-Anlagen werde er dies noch einmal prüfen. Im Grunde gebe es einige sehr wenige, große Anlagen im „Mehrere-MB-Bereich“

und sehr viele kleine Anlagen im „KB-Bereich“, so auch in der Stegerwaldsiedlung. Zum Thema, was unter PV-Freiflächenanlagen wachse, informiert er darüber, dass dort z. B. auch Schafe gehalten werden und auch gewisse biotop-ähnliche Flächen entstünden.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Mitteilung der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Herrn Dr. Dienhart und Herrn Peschen zur Kenntnis.

7.12 Wiedereröffnung des Kölner Krematoriums am 11.08.2020 2542/2020

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7.13 Sachstandsbericht zum Schaugewächshaus und Orangerie im Botanischen Garten - Stand: 14.08.2020 0956/2020

Frau Brans informiert über die deutlich erkennbaren Baufortschritte.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Mitteilung der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Frau Brans zur Kenntnis.

8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

8.1 PFC-Grundwasserverunreinigungen Hier: Beantwortung der Nachfrage von Herrn Dr. Albach im Ausschuss für Umwelt und Grün am 04.06.2020 2144/2020

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

8.2 Beantwortung der mündlichen Nachfragen des SB Becker aus der Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün vom 04.06.2020 zu TOP 7.4 - Energiebericht 2019 (0811/2020) 2217/2020

SB Herr Becker bemerkt, dass bei dem Wärmebedarf weniger als 2 % im Durchschnitt erzielt werde. Er halte dies immer noch für zu wenig. Er gibt zu Protokoll, auch für den zukünftigen Leiter des Energiemanagements festzuhalten, dass er die Bezugszahl aus dem Jahr 2005 für falsch halte. Das Jahr 2008 sei für einen Vergleich realistisch.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

8.3 Mündliche Anfrage von Frau Dr. von Mikecz in der Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün vom 23.01.2020 1027/2020

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**8.4 Beantwortung der schriftlichen Anfrage von Herrn Becker in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Grün am 04.06.2020
2143/2020**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**8.5 Beantwortung der von Frau Lange zu Protokoll gegebenen Anfrage vom 04.06.2020
betreffend
Einflüsse des Flughafens Köln/Bonn auf die Umwelt
2315/2020**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**8.6 Beantwortung der von Frau Lange zu Protokoll gegebenen Anfrage
betreffend
Photovoltaisches Potential der Dachflächen des Messegeländes
2579/2020**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

9 Mündliche Anfragen

**9.1 Mündliche Anfrage von Frau Lange
betreffend
Klimaneutralität**

SE Frau Lange fragt, was Klimaneutralität heiÙe.

Köln meine dazu 1,5 Tonnen pro Einwohnerin und Einwohner. Das Umweltbundesamt meine 1 Tonne. Düsseldorf finde, 2 Tonnen pro Einwohner sei klimaneutral.

Frau Lange bittet um Klarstellung und um die Art der Kompensierung des CO₂.

Herr Dr. Rau informiert, dass die Begriffsklä rung der Klimaneutralität eine Sache sei, die der Klimarat sich vorgenommen habe.

**9.2 Mündliche Anfrage von Frau Lange
betreffend
Lärm milderung am Clevischen Ring in Köln-Mülheim**

SE Frau Lange ruft den Beschluss zu Straßenmusik im Domumfeld in Erinnerung und fragt, ob es möglich sei, das damals benutzte Gerät, was eigentlich zur Luftschadstoffmessung diente, für Lärm messungen in Mülheim am Clevischen Ring zu nutzen, ohne großen Aufwand betreiben zu müssen.

Herr Peschen erläutert, dass bei den Lärm milderungsplänen im Straßenverkehr nicht der Lärm gemessen werde, sondern nach einem mathematischen Modell, in dem Parameter, wie Straßenbreite, Randbebauung, sonstige Hindernisse, gefahrene Geschwindigkeit und die Verkehrsmenge u. a. benutzt werden.

9.3 Mündliche Anfrage von Frau Lange betreffend Klimawende Köln, Kosteneinschätzung

SE Frau Lange merkt an, die Bürgerbewegung Klimawende Köln habe ein Bürgerbegehren initiiert, für 100 % Ökostrom der RheinEnergie ab 2030. Bevor man das Bürgerbegehren einleite, müssten die Kosten eingeschätzt werden.

Sie fragt, wie weit diese Kostenabschätzung sei.

Herr Dr. Rau antwortet, dass die Kosteneinschätzung nach Auskunft der Kämmerin im Verwaltungsvorstand in der nächsten Woche vorliege.

9.4 Mündliche Anfrage von Herrn Dr. Albach betreffend Lärminderungsmaßnahmen im Winkel, Köln-Mülheim

SB Herr Dr. Albach gibt folgendes schriftlich zu Protokoll:

Die Straße im Winkel liegt direkt an der ICE-Strecke Köln-Düsseldorf. Diese Strecke wird derzeit umgebaut, um einen reibungslosen Verkehr von S-Bahn, Güterverkehr, RRX, ICE und anderen Zügen zu ermöglichen.

Inwieweit schätzt die Stadtverwaltung die Rechtslage ein, dass durch den Umbau, in Verbindung mit der erheblichen Veränderungen der Nutzungsintensität, der Bestandschutz bezüglich Lärminderungsverpflichtungen aufgehoben wird?

Welche Planungen der Bahn sind der Verwaltung bzgl. Lärmschutz zwischen Bahnhof Köln-Mülheim und S-Bahn Chempark Leverkusen bekannt und, soweit bekannt, in welchem Planungsstadium befinden sich diese?

Herr Peschen sagt eine zeitnahe Beantwortung zu.

9.5 Mündliche Anfrage von Herrn Dr. Albach betreffend Bürgerbeteiligung Godorf zu Metallrecycling

SB Herr Dr. Albach gibt folgendes schriftlich zu Protokoll:

Schrott ist ein wichtiger Teil der Kreislaufwirtschaft und daher ist das Recycling von Metallen in Köln auch auf Dauer unvermeidlich. Im Zuge der Weiterentwicklung des Deutzer Hafens ist die Verlagerung eines Unternehmens notwendig, das Metallrecycling betreibt. Es ist bekannt, dass Anlagen zum Metallrecycling nicht nur die Umwelt schützen sondern auch belasten können. Von daher ist z. B. entsprechend der VDI-Richtlinie VDI7000 eine Beteiligung der Betroffenen sinnvoll und notwendig.

Für die Verlagerung des Metallrecyclings in den Godorfer Hafen und damit auch für den Beteiligungsprozess ist die Bezirksregierung verantwortlich. Aufgrund der Corona-Pandemie hat die Bezirksregierung eine erste Beteiligung abgesagt, aber eine erste Teilgenehmigung ausgesprochen. Die Stadtverwaltung hat zusammen mit den Stadtentwässerungsbetrieben am 26.8.2020 eine Bürgerbeteiligung per webex online durchgeführt.

Wie schätzt die Verwaltung die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung per Internet bei Genehmigungsverfahren ein?

Welche Kenntnisse hat die Stadtverwaltung bezüglich der Absichten der Bezirksregierung zur Durchführung von Bürgerbeteiligungen rund um den Godorfer Hafen und inwieweit steht die Stadtverwaltung bezüglich der Verlagerung des Metallrecyclings mit der Bezirksregierung im Austausch?

Herr Peschen erklärt, dass die Umweltverwaltung nur für den Teil der Planung zuständig sei. Er sage aber zu, in der Angelegenheit zu recherchieren.

9.6 Mündliche Anfrage von Herrn Götz betreffend Förderprogramm "Solar" für Mietmodelle

RM Herr Götz fragt, wann mit einer Vorlage zum Förderprogramm Solar für Mietmodelle zu rechnen sei.

Herr Dr. Rau sagt eine Vorlage in der ersten Sitzung 2021 zu.

9.7 Mündliche Anfrage von Herrn Schallehn betreffend Biber in Großstädten

SB Herr Schallehn gibt folgendes schriftlich zu Protokoll:

In der Dhünn (Leverkusen, in unmittelbarer Nähe zur Stadt Köln) gibt es bereits erfolgreiche Vermehrung des Bibers mit diversen Nachweisen, wie auch im Raum Düren.

Nach Angabe der Experten wird uns das Thema auch in Köln in den nächsten Jahren beschäftigen.

Wie bereiten sich die Verwaltung und die STEB auf die Rückkehr des Bibers vor?

Ist ein Fond für Privatleute geplant, aus dem Schäden ersetzt werden?

Liegen Konzepte vor, an welchen Gewässerabschnitten die geschützte Art Dämme anlegen kann und an welchen dies aus Sicherheitsgründen nicht möglich ist?

Herr Peschen antwortet, dass eine entsprechende Aufklärungsarbeit zusammen mit dem Umweltbildungszentrum auf Gut Leidenhausen konzipiert werden sollte.

9.8 Mündliche Anfrage von Herrn Schallehn betreffend Gifftiergesetz

SB Herr Schallehn gibt folgendes schriftlich zu Protokoll:

Ab dem 01.01.2021 gilt das Gifftiergesetz in NRW. Es steht zu befürchten, dass ob der Verbote und der hohen Auflagen für den Bestandsschutz durch das Gesetz viele Halter ihre Tiere abgeben werden.

Auch wenn dies grundsätzlich Aufgabe der Landesregierung ist, wird dies in der Praxis mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht funktionieren: Es ist davon auszugehen, dass Tiere bei den Tierheimen ausgesetzt werden. Die Tierheime haben genau wie die NRW-Zoos keinerlei Kapazitäten für Gifftiere.

Wie bereitet sich die Verwaltung auf das Inkrafttreten des Gesetzes vor?

Wie wird ein sicherer Ablauf bis zum Transport zur Auffangstation in Metelen⁶ sichergestellt?

Herr Peschen begrüßt die Einführung des Gifttiergesetzes in NRW. In anderen Kommunen oder Ländern sei dieses Thema eher bei der Ordnungsverwaltung angesiedelt. Die Verwaltung werde die Umsetzung in Köln regeln.

9.9 Mündliche Anfrage von Herrn Schallehn betreffend Aufklärungsarbeit über Wölfe

SB Herr Schallehn fragt, ob auch zum inzwischen in den Medien veröffentlichten Thema Wolf vom Umweltamt entsprechende Aufklärungsarbeit geplant sei.

Herr Peschen sieht dieses Thema ähnlich, wie beim Biber. Er werde mit den Kollegen der Unteren Naturschutzbehörde und auch dem Umweltbildungszentrum sprechen, um Aufklärungsarbeit zu betreiben.

9.10 Mündliche Anfrage von Herrn Becker betreffend Urbane Landwirtschaft AN/0988/2019

SB Herr Becker gibt folgende Fragen schriftlich zu Protokoll:

Wie ist der Sachstand der Strategie für Neuverpachtungen von Flächen im Besitz der Stadt Köln?

Die Verwaltung sollte bis Ende 2019 eine Strategie vorlegen, wie die Neuverpachtung erfolgen soll.

Der von einer Arbeitsgruppe aus Ernährungsrat und Landwirtschaftskammer/-Verband erarbeitete Kriterienkatalog (Anlage) sollte hierbei berücksichtigt werden. Wobei die ökologischen und sozialen Kriterien stärker gewichtet werden sollen.

Wie verfährt die Verwaltung z.Z. bei Neuabschlüssen von Pachtverträgen?

Herr Peschen führt aus, dass der Kriterienkatalog, den Landwirtschaftskammer und Ernährungsrat formuliert haben, von der Liegenschaftsverwaltung akzeptiert worden sei und im letzten Liegenschaftsausschuss bei der Behandlung der Vorlage kommunale Ernährungspolitik klar zugesagt worden sei, diesen anzuwenden.

Da die Pachtverträge noch lange laufen, gebe es noch keinen Fall. Es wurde aber zugesagt, dass bei Auslaufen eines Pachtvertrags die Kriterien bei der Neuvergabe angewandt werden.

⁶ <https://www.lanuv.nrw.de/natur/artenschutz/artenschutzzentrum-metelen>

**9.11 Mündliche Anfrage von Herrn Becker
betreffend
Mehr Bioprodukte und regionale Lebensmittel in städtischen Kantinen,
Schulen und Kitas! AN/1661/2019 - Prüfantrag**

SB Herr Becker gibt folgendes schriftlich zu Protokoll:

Der Anteil an regional produzierten und saisonalen Lebensmitteln (vorzugsweise BIO) bei städtischen Kantinen, Schulen, Kitas und bei städt. Veranstaltungen/Empfängen sei schnellstmöglich und dynamisch ansteigend zu erhöhen.

Neben Regelungen für städtische Einrichtungen soll darüber hinaus auch ein entsprechender Prozess für die städtischen Kliniken, Gesellschaften und Unternehmen angestoßen und umgesetzt werden.

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen:

- wie der Anteil an regionalen, biologischen und saisonalen Lebensmitteln in den zubereiteten Essen schrittweise erhöht werden kann, wobei die perspektivische Zielsetzung die Erreichung eines Bio-Anteils von 90 Prozent bis 2030 sein sollte. Die Verwaltung legt dem Rat hierzu einen Handlungsvorschlag incl. eines möglichen Kostenrahmens vor.
- wie sichergestellt werden kann, dass in den künftigen Ausschreibungen von Verpflegung bzw. bei der Gestaltung von Verträgen mit Kantinenbetreibern die Anteile für vorzugsweise regionale Bio-Produkte bzw. regional erzeugte und saisonale Lebensmittel verbindlich nach o.g. Kriterien vorgeben werden können.

Wie ist der Sachstand?

Herr Peschen informiert darüber, dass der Ernährungsrat gerade neue Mitarbeitende einstelle und am 31.08.2020 ein Termin mit Valentin Thurn und den Akteuren stattfindet, um ein Jahresprogramm zu formulieren.

Es habe etwas Zeit erfordert, die Vorlage durch die politischen Gremien zu bringen, so dass ein halbes Jahr lang keine Finanzierung vorlag. Er sei jedoch zuversichtlich, dass die Kriterien Ökologie und der Umgang mit Insektiziden bei der nächsten Gelegenheit angewandt werden.

Der Ernährungsrat sei jetzt handlungsfähig und man bereite jetzt einen Bedarfsfeststellungsbeschluss für eine große regionalwirtschaftliche Studie vor, die sich mit dem Themenkomplex „Märkte für Ökoprodukte und wie sind sie stimulierbar?“ beschäftigt.

Auch habe man zusammen mit der neuen Leiterin des Amtes für Schulentwicklung positive Gespräche über die Ernährung mit biologischen und regionalen Lebensmitteln in den Kitas und Schulen geführt und sei zusammen mit dem Ernährungsrat bereits in 11 Kitas aktiv.

Zum Ende der nichtöffentlichen Sitzung bedankt sich der Ausschussvorsitzende Herr Rafael Struwe bei allen, den Mitgliedern des Ausschusses und der Verwaltung, für die Mitarbeit in der vergangenen Wahlperiode. Es habe immer, bei allen politischen Unterschieden, ein kollegialer und konstruktiver Umgang geherrscht, so dass ihm die Arbeit als Vorsitzender Spaß gemacht habe.

Die Mitglieder des Ausschusses Umwelt und Grün bedanken sich ihrerseits bei dem Ausschussvorsitzenden mit Applaus.

gez. Rafael Christof Struwe
(Ausschussvorsitzender)

gez. Barbara Bültge-Oswald
(Schriftführerin)